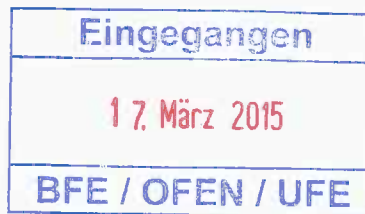


Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern



**Wirtschaftspolitik**

**Dr. Sonja Studer**  
Ressortleiterin Energie

Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
T: +41 44 384 48 66  
M: +41 79 793 70 26  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)  
[s.studer@swissmem.ch](mailto:s.studer@swissmem.ch)

Zürich, 16. März 2015 – STU 18.2

### **Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze**

Sehr geehrte Damen und Herren

Swissmem vertritt die Interessen von mehr als 1'000 Unternehmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Die MEM-Industrie stellt einen der grössten industriellen Sektoren der Schweizer Wirtschaft dar und erbringt die Hälfte der industriellen Wertschöpfung. Dies entspricht gut 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz. Für 2014 ist die MEM-Industrie mit über 333'000 Beschäftigten die mit Abstand grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von über 66 Milliarden CHF beinahe 32 Prozent der gesamten Güter-Ausfuhren der Schweiz. Die Branche wird durch KMU geprägt; 99 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende. Rund 60 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

Die erneute Frankenstärke als Folge der Aufhebung des Mindestkurses gegenüber dem Euro setzt die Unternehmen der MEM-Industrie unter sehr starken Anpassungsdruck, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten zu können. Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie auf, sämtliche regulativen Anpassungen, so auch die vorliegende, so auszugestalten, dass die betroffenen Unternehmen unterstützt und nicht etwa behindert werden. Mit wenig und wohlüberlegter Regulierungstätigkeit können Sie massgeblich zum Erhalt eines wettbewerbsfähigen Industriestandortes beitragen. Wir bitten Sie, uns zu unterstützen.

Im Hinblick auf eine langfristig sichere und effiziente Stromversorgung dürften die grössten Knackpunkte weniger auf der Produktionsseite als vielmehr bei der Bereitstellung einer adäquaten Netzinfrastruktur liegen. Wir begrüssen daher, dass der Bund mit der Strategie Stromnetze die Rahmenbedingungen für den Ausbau und Betrieb der Stromnetze optimieren will. Zielführend ist aus unserer Sicht insbesondere eine Straffung der Verfahren.

Wir begrüssen die Stossrichtung der Strategie Stromnetze, äussern jedoch Vorbehalte zu einzelnen Aspekten der Vorlage. Wie weit die vorgeschlagenen Massnahmen wirksam und zielführend sind, ist zum jetzigen Zeitpunkt teilweise kaum zu beurteilen. Dies gilt beispielsweise für die Erarbeitung eines Szenariorahmens, die Einführung eines Mehrkostenfaktors im Hinblick auf die Entscheidung für Kabel oder Freileitung oder auch die Anrechenbarkeit intelligenter Systeme. Wir regen daher an, die Wirkung dieser Massnahmen regelmässig zu überprüfen.

Für weitere Details verweisen wir auf den beiliegenden Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Peter Dietrich  
Direktor



Dr. Sonja Studer  
Ressortleiterin Energie

Beilage

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation: Swissmem

#### Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	9
Geodaten .....	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Die Entwicklung eines energiewirtschaftlichen Szenariorahmens erachten wir für eine verbesserte Koordination der Netzplanung als sinnvoll. Dieser darf allerdings nicht auf energiepolitischen Wunschvorstellungen basieren, sondern muss sich an den realen technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen orientieren. Mit anderen Worten, um Fehlallokationen zu vermeiden, soll sich der Szenariorahmen nicht nach den energiepolitischen Zielen, sondern nach der aufgrund der bisherigen Erfahrungen wahrscheinlichsten Entwicklung ausrichten. So kann z.B. der Ausbau der erneuerbaren Energien aufgrund der Preisentwicklung, politischer Entscheidungen im In- und Ausland, technologischer Durchbrüche oder anderer externer Faktoren möglicherweise ganz anders verlaufen als in den energiepolitischen Zielsetzungen angenommen. Entsprechend ergeben sich dann auch andere Anforderungen an den Netzausbau. Daher muss der Szenariorahmen, wie in der Vorlage vorgesehen, auch unbedingt regelmässig einer kritischen Prüfung unterzogen und gegebenenfalls an von den Annahmen abweichende Entwicklungen angepasst werden.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Zudem soll der Szenariorahmen bei gewichtigen Änderungen der energiepolitischen Rahmenbedingungen auch in kürzeren Intervallen überprüft werden können, so wie dies in der Vorlage vorgesehen ist.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe auch Bemerkung zu Frage 2.

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir gehen davon aus, dass eine Netz-Optimierung oder –Verstärkung in der Regel kostengünstiger ist als ein Netzausbau. Insofern unterstützen wir die Verankerung des N-O-V-A-Prinzips. Es sollte klargestellt werden, dass das N-O-V-A-Prinzip nicht um seiner selbst willen angewandt wird, sondern nur soweit es tatsächlich die – auch langfristig – kosteneffizienteste Option begünstigt.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zu den weiteren Betroffenen zählen auch die Endkunden, da die Kosten des Netzausbaus letztlich auf sie überwälzt werden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir haben nicht genügend Einblick in die Planungsprozesse der Netzbetreiber, um den Aufwand und entsprechend die Angemessenheit der vorgeschlagenen Frist zu beurteilen.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
- Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Notwendigkeit einer Verankerung auf Gesetzesstufe können wir nicht beurteilen; das Verfahren an sich erachten wir aber als zielführend.

Um eine Straffung der Verfahren zu erreichen, sind wo immer möglich verbindliche Fristen festzulegen. Relativierende Zusätze («in der Regel», etc) sollten daher vermieden werden.

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Um dazu Stellung nehmen zu können, müssten wir nachvollziehen können, aus welchem Grund das BFE die bisherige Regelung als unzureichend einstuft. Im erläuternden Bericht finden wir dazu keine weiterführenden Informationen. Wir erachten das ESTI grundsätzlich als geeignete Fachbehörde für diese Aufgabe.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Möglichkeit kann dann sinnvoll sein, wenn die beauftragten Personen ein unabhängiges Verfahren garantieren können und der Aufwand beim BFE durch die Delegation merklich reduziert werden kann. Wie weit dies im Einzelfall gegeben ist, können wir nicht beurteilen.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung,



Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Dies ist zielführend, solange die Verhältnismässigkeit gewahrt wird.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Massnahme ist zumindest zu prüfen – ob sie sich tatsächlich als geeignet und effizient herausstellt, kann erst im Nachhinein beurteilt werden. Auf jeden Fall ist nach einer gewissen Umsetzungsdauer eine saubere Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen: Nur wenn sich die Anwendung des Mehrkostenfaktors tatsächlich in einer Reduktion der Einsparungen und damit einer Beschleunigung der Netzausbauprojekte niederschlägt, erachten wir die Massnahme als zielführend.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei den Kosten müssen neben den Investitionen auch die Kosten für den laufenden Unterhalt berücksichtigt werden. Der festgelegte Mehrkostenfaktor ist ganz klar als Maximalwert zu betrachten, der nicht von vornherein ausgereizt werden sollte.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ohne genauere Eingrenzung hebeln die Ausnahmeregelungen die durch die Einführung des Mehrkostenfaktors beabsichtigte Verfahrensbeschleunigung sogleich wieder aus. Wird die Obergrenze überschritten, dürfen die Mehrkosten nicht auf die Endkonsumenten überwält werden.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Kosten für Informationsmassnahmen dürften sich in der Praxis kaum klar abgrenzen lassen. Entsprechend ist absolut unklar, mit was für einem Kostenumfang zu rechnen ist und mit welchen Kriterien überprüft werden soll, ob die eingegebenen Kosten gerechtfertigt sind. Eine wirksame Information und Kommunikation liegt im Interesse der Projektanten selbst, da dies die beste Gewähr für eine Reduktion der Einsprachen bietet. Die Kosten dafür sollten entsprechend nicht den Endverbrauchern überwält werden.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der verstärkte Einsatz intelligenter Elemente kann den Ausbaubedarf der Netze reduzieren und dadurch langfristig Kosten sparen. Insofern ist eine Anrechenbarkeit innovativer

Massnahmen grundsätzlich gerechtfertigt. Auch hier gilt jedoch der bei Frage 23 geäusserte Vorbehalt, denn der Begriff «innovativer Massnahmen» ist derart offen, dass er keine saubere Abgrenzung der anrechenbaren Kosten erlaubt. Bei innovativen Massnahmen, die Zuverlässigkeit und Effizienz des Netzes verbessern, ist die Anrechnung nach unserer Einschätzung auch unter der geltenden Gesetzgebung möglich.

Als problematisch erachten wir die Anrechenbarkeit von Massnahmen, die den Netzbetreibern erlauben, neue Dienstleistungen auf Basis ihrer Monopolstellung zu entwickeln. Für Energiedienstleistungen besteht ein wachsender Markt, der nicht durch eine Begünstigung einzelner Akteure verzerrt werden darf. Insbesondere muss auch sichergestellt werden, dass Dritten (z.B. qualifizierte Energiedienstleistern) ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Messdaten, die aus intelligenten Messsystemen gewonnen werden, gewährt wird.

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind der Ansicht, dass die Information der Öffentlichkeit zu geplanten Netzprojekten ohnehin zu den Aufgaben von Bund und Kantonen zählt und daher keiner zusätzlichen Kompetenzzuweisung bedarf. Der im StromVG festgeschriebene Planungsprozess fordert ja bereits den Einbezug der betroffenen Kreise. Dadurch sollte eine gezielte Information der Öffentlichkeit über die bestehenden Kanäle bei Bund und Kantonen gewährleistet sein.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine allgemeine Übersicht macht die Notwendigkeit von Netzausbauten besser nachvollziehbar und ist daher durchaus sinnvoll. Auf die Veröffentlichung detaillierter Geodaten sollte aber verzichtet werden, um den Schutz kritischer Infrastrukturdaten zu gewährleisten.